

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 108 (2014)
Heft: 12

Artikel: Der Zug durch die Wüste - christliche Gemeinde im Sozialismus : meine Zeit als Pfarrer in der DDR (1984-1990)
Autor: Boer, Dick
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-514151>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Zug durch die Wüste – christliche Gemeinde im Sozialismus

Meine Zeit als Pfarrer in der DDR (1984–1990)

Die Niederländische Ökumenische Gemeinde identifizierte sich mit der DDR als einer sozialistischen Übergangsgesellschaft. Ein Bericht von einem Zeitzeugen, dem der DDR-Sozialismus auch aus globaler Sicht am Herzen lag, und der dennoch sah, wie die staatliche Unfähigkeit, die Mühseligkeiten des sozialistischen Alltags zu thematisieren, zu grosser Frustration führte.

Als ich Pfarrer der Niederländischen Ökumenischen Gemeinde in der DDR wurde, war der Kalte Krieg in seiner heftigsten Form grösstenteils vorbei. Zwar wurde während der Präsidentschaft von Ronald Reagan (1981–1989) der Ton noch einmal verschärft, und das Wett-rüsten ging rüstig weiter. Aber Reagans antikommunistische und kriegssüchtige Demagogie konnte, zumindest in Westeuropa, nicht mehr wirklich populär werden. Zu selbstverständlich war inzwischen der Konsens darüber, dass ein heisser Krieg unmöglich war und Ost und West irgendwie miteinander auskommen mussten. Blosser Abschreckung konnte das letzte Wort nicht mehr sein, es musste eine Welt ohne Kernwaffen geschaffen werden.

Die grosse Friedensbewegung der siebziger, Anfang achtziger Jahre hatte dafür gesorgt, dass das sowjetische Konzept einer «friedlichen Koexistenz» in breiten Kreisen des Westens akzeptiert wurde. Diese Friedensbewegung hatte zwar die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa nicht verhindern können, wohl aber ein Klima geschaffen, in dem auch Reagan erkennen musste, dass Abrüstung die «realpolitischere» Option war. Dass es Reagan wohl gelang, die Sowjetunion «totzurüsten», ist eine andere Geschichte.

Es waren inzwischen auch Fakten geschaffen, die Entspannung unumkehrbar machen sollten. Die Helsinki-Verträge hatten Entspannung zwischen den beiden Systemen institutionalisiert und so konsolidiert. Die DDR, lange Zeit der Staat zwischen Gänsefüsschen und damit Symbol des Kalten Krieges, war weltweit anerkannt.

Auf welcher Seite liegt Utopia?

Aber wirklich vorbei war der Kalte Krieg trotzdem nicht. Er hatte vielmehr sein Gesicht verändert. Die Auseinandersetzung wurde nicht mehr vor allem mit Kernwaffen und den Waffen des ökonomischen Boykotts geführt. Es war die

1989/2014
Die Mauer ist weg
– und der Sozialismus?

Waffe der Verführung, mit der der Osten in die Knie gezwungen werden sollte. Der Westen setzte seine Attraktivität ein. Seine Stärke war die Überflusgesellschaft: Es gab kein Bedürfnis, wie ausgefallen auch immer, das nicht befriedigt werden konnte, nicht zuletzt das Bedürfnis an Schönheit. Wie schön war, was aus dem Westen kam! So appellierte er an die Sehnsucht der Menschen in der Mangelgesellschaft des real existierenden Sozialismus nach einer Welt der Fülle. Früher war der Sozialismus selber das Versprechen einer Welt der Fülle, die noch nicht da war, aber möglich. Der Sozialismus war, auch wenn MarxistInnen das nicht wahr haben wollten, utopisch. Er bot Sicht auf ein Utopia, das, in der Zukunft liegend, in der Gegenwart Grund der Hoffnung auf ein gelungenes Leben für alle war. Der Westen aber hatte ein Utopia im Angebot, das nicht in weiter Ferne lag, sondern neben der Tür. Das Westfernsehen ersetzte das Sehen in die Ferne. Die Werbesendungen waren in der DDR populärer als die Tagesschau.

Die Politik der BRD war schon seit 1969 in diese Richtung umorientiert worden: Wandel durch Annäherung. Das gemeinsame Interesse der beiden Blöcke an Entspannung statt Konfrontation stand im Vordergrund. Aber das langfristige Ziel war der Systemwandel, des Sozialismus wohlverstanden. Der Vater dieser Politik, Egon Bahr, hat das in einem Interview nach der «Wende» auch bestätigt: «Ich habe mit allem, was geschehen ist, erreicht, was ich wollte.» Es ging darum, sich der Gegenseite mit Angeboten (Anerkennung; Kredite!) anzunähern, statt sie mit Ablehnungen in ihrer Opposition zu bestärken. Der Sozialismus sollte gelockert werden, damit die DDR-BürgerInnen mehr Freiheit bekämen, sich mit eigenen Augen das Utopia in nächster Nähe anzusehen. Was die BRD mit ihrer Politik vor allem erreichen wollte, war Reisefreiheit. Ich bin übrigens der Meinung, dass die DDR,

wenn sie in dieser Hinsicht grosszügiger gewesen wäre, viel dazu beigetragen hätte, das verzerrte Westbild vieler ihrer BürgerInnen gerade zu biegen.

Westprodukte als Schmuckstücke

Dieser Druck auf den Sozialismus von aussen konnte aber nur wirken, weil es den Druck von innen gab – eben diese Sehnsucht, von der ich sprach. Ich gebe Beispiele. Was mir, der aus dem Westen kam, in der DDR auffiel, war, dass oft auf dem Wandschrank im Wohnzimmer, sozusagen als Hausschmuck, leere Flaschen von renommierten westlichen alkoholischen Getränken (von Johnny Walker bis zum Martini) standen. Und im Badezimmer traf ich nicht selten eine Aufstellung von leeren Packungen bekannter westlichen Wäskemitteln an. Kleine private Souvenirläden der westlichen Warenwelt... Auch diese gehörten zum real existierenden Sozialismus. Aber wie bescheiden nahm sich die Ausstellung von leeren Flaschen und leeren Packungen in Wohnungen aus gegen die grossangelegte Infiltration der Überflusgesellschaft des Westens durch den Intershop! Keine Hülle, sondern nur noch Fülle. Hier konnte der DDR-Bürger selber «shoppen» gehen – und kaufen, wenn er über die entsprechende Währung verfügte. Hier aber auch zeigte sich die Schwäche der DDR. Intershop war ja ein DDR-Unternehmen, das die DDR dringend brauchte, weil sie selber auf den Erwerb von Westwährung angewiesen war. Sie musste zulassen, was sie unterwanderte. Der «Run» auf die D-Mark war da schon vorprogrammiert.

Und dann hatte ich meine Antrittspredigt vorzubereiten. Mir war klar, dass diese Predigt nicht einfach eine Befreiungstheologische sein konnte. Die Befreiung aus dem Sklavenhaus zu verkündigen, würde ja übersehen, dass die DDR diese Befreiung nach ihrem Selbstverständnis schon hinter sich hatte. Den Eindruck zu erwecken, sie hätte diese Befreiung noch vor sich, könnte höch-

stens Missverständnisse produzieren. Jedenfalls würde eine solche Predigt kein «Wort zur Sache» sein. Denn Sache war, dass sich die DDR sich in vielerlei Hinsicht tatsächlich von der Freiheit, wie der Westen sie verstand, emanzipiert hatte: Der Arbeitsplatz war gesichert, Bildung, Gesundheitswesen und Wohnung waren allen zugänglich, die Gleichstellung der Frau stand nicht nur auf dem Papier, sondern wurde in die Praxis umgesetzt. Alles zweifellos sehr mangelhaft, so wie die DDR-Gesellschaft überhaupt eine Gesellschaft war, in der es an vielem mangelte. Aber in aller Mangelhaftigkeit waren dies Errungenschaften, die die «freie Welt» trotz ihres Reichtums offenbar nicht in der Lage war zu verwirklichen. Die DDR ermöglichte eine Freiheit der anderen Art: Freiheit von der Angst um die materielle Existenz, Freiheit für ein Leben, das nicht auf Kosten anderer ging – wie der Wohlstand der westlichen Welt auf Kosten derjenigen ging (und geht!), die sie erarbeiteten.

Die DDR ist kein Zuckerlecken

So kam ich auf die Idee, über die Wüste zu predigen. Das war natürlich, wenn wörtlich auf die DDR angewandt, schwer übertrieben. Man brauchte nur samstags die Menschen mit ihren vollen Einkaufswagen aus der Kaufhalle kommen sehen, um zu erkennen, wie wenig die Wirklichkeit der DDR nach Wüste aussah. Wüste war, wie in der Bibel, eine Metapher. Nach der Befreiung aus Ägypten, dem Sklavenhaus, landet das befreite Volk nicht unmittelbar im Gelobten Land, sondern hatte noch einen mühsamen Zug durch die Wüste vor sich, in der es zwar zu essen und zu trinken gab, aber wo die (übrigens stark romantisierten) «Fleischtöpfe Ägyptens» fehlten. Die Versuchung war immer wieder gross, zu diesen «Fleischtöpfen» zurückzukehren. Schwer war es, den Zug durch die Wüste als Durchzug zu verstehen, als Übergang zu einer Welt

ohne Mangel. Als solche war die Wüsten-Metapher für die DDR, meinte ich, äusserst zutreffend. Die DDR als Übergangsgesellschaft war, verglichen mit dem Kapitalismus (den Fleischtöpfen der BRD) karg. Aber auch für die, welche die DDR als hoffnungsvollen Neuanfang begrüsst, war die spätere DDR enttäuschend. In meiner Predigt zitierte ich die Schriftstellerin Irmtraud Morgner, die einen DDR-Zollbeamten zu der von der DDR begeisterten Trobadora Beatriz sagen lässt: Die DDR ist kein Paradies, sondern ein sozialistischer Staat. Das wollte ich mir und meinen HörerInnen klarmachen: Wir leben in einem sozialistischen Staat. Das ist kein Zuckerlecken, da gibt es viel herunterzuschlucken, die Menschen auf der anderen Seite, mit denen wir uns vergleichen möchten, haben es in vielerlei Hinsicht besser, aber unsere Mühen sind die Mühen der Ebene, durch die wir hindurchmüssen. Weil ohne Mühe das Paradies nicht erreicht werden kann. Das sollte auch die Pointe meiner Predigt sein: zu ermutigen, den Zug durch die Wüste auf sich zu nehmen als Chance und als Auftrag.

Ich weiss, jetzt noch besser als damals, dass dies als aus dem Westen Angereister so zu predigen, gelinde gesagt verwegen war. War es nicht sogar arrogant zu sagen, was es mit der DDR auf sich hatte – als ob ich der Einwohner, sie die AussenseiterInnen waren? Aber nur so, indem ich versuchte, mich als Beteiligter in ihre Situation hinein zu versetzen, diese auch für mich zu deuten, konnte ich es wagen, Pfarrer in der DDR zu sein. Die Wüsten-Metapher war, zuerst für mich selber, eine Aufklärung darüber, in welchem Kontext ich zu arbeiten hatte.

Gemeinde im Sozialismus

Die Niederländische Ökumenische Gemeinde (NÖG) in der DDR wollte Gemeinde im Sozialismus sein. Sie hat sich ja bis zum Ende der DDR auch so verstanden. Das heisst: im Sozialismus, als

eine Übergangsgesellschaft, die mit Mühe und Not, mit Fallen und Aufstehen auf dem Weg ist zu einem besseren Sozialismus als dem momentan real existierenden. Ich habe in der Gemeinde nie erlebt, dass jemand die DDR für vollendet hielt. Übrigens wollte auch Erich Honecker mit dem von ihm geprägten Begriff «real existierender Sozialismus» den Sozialismus in der DDR als eine Unvollendete bezeichnen. Der Sozialismus existiert, ja, aber er tut es real, das heisst: von der Realität in seinen Entwicklungsmöglichkeiten beschränkt. Deshalb auch die auf Dauer etwas komisch klingenden Definitionen, wie «entwickelter Sozialismus» und «weiter zu entwickelnder Sozialismus». Meine Erfahrung in der Zeit in der DDR war aber, dass Partei und Staat die Notwendigkeit, den Sozialismus (weiter) zu entwickeln, zwar immer propagierten, sie jedoch, wenn es darauf ankam, nicht wahr haben wollten. Geschweige denn, dass sie die Mühseligkeit der sozialistischen Gesellschaft thematisiert hätten.

Für die vielen DDR-BürgerInnen, denen der Sozialismus ziemlich egal war, bedeutete das kein Problem. Was sie von der DDR forderten, war ein bisschen mehr Wohlstand, mehr Reisefreiheit und weiter, von ihr in Ruhe gelassen zu werden. Ein grosses Problem war dies aber für die DDR-BürgerInnen, die ihre DDR (denn es war ja ihre DDR) unterstützen wollten. Sie mussten feststellen, dass ihre Unterstützung, wenn sie mehr als blosser Beifall sein wollte, nicht gefragt war. Wer auf Mängel, Widersprüche und Fehler aufmerksam machte mit der Absicht, zu ihrer Lösung beizutragen, wurde enttäuscht. Er oder sie kam schnell in Verdacht, dissident zu sein: nicht in produktiver Art anderer Meinung, sondern als VertreterIn der verkehrten Meinung.

Versuche ich, den Ort der NÖG in der DDR näher zu bestimmen, so würde ich sie eine Enklave der Weltoffenheit innerhalb eines ziemlich provinziellen



Kleinstaats nennen. Die NÖG konnte diese Enklave der Weltoffenheit sein, weil die offizielle Anerkennung ihres «Niederländischen» (das N in NÖG) ihr internationale Kontakte ermöglichte, die sich heilsam vom üblichen Westbesuch unterschieden. Westbesuch führte meistens dazu, den DDR-Bürger in seinem Gefühl zu bestätigen, dass er im Vergleich mit dem Deutschen auf der anderen Seite der Benachteiligte stand. Die internationalen Kontakte der NÖG dagegen führten in die Welt der Ökumene, in der es um eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung und um Antirassismus ging. Die NÖG war dadurch in der Lage, über die DDR als nur die arme und ärmliche kleine Schwester der BRD hinauszublicken. Denn ökumenisch betrachtet liess sich die DDR durchaus sehen. Ein Staat mit Ecken und Kanten, ohne Zweifel, aber für die «da unten» –

*In Leipzig fanden im Oktober 1989 die grossen Montagsdemonstrationen statt: «Wir sind das Volk». Zum Sozialismus werden unterschiedliche Haltungen sichtbar. Das SED-Regime verzichtete darauf, gegen die Demonstranten vorzugehen.
Bild: Harald Kirschner*

nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch in der Ersten – eine Gesellschaftsordnung, in der Existenzsicherheit für alle gewährleistet war. Ein Staat auch, der es nicht nötig hatte, den Lebensstandard seiner BürgerInnen auf Kosten anderer zu erhöhen. Ein Staat nicht zuletzt, der sich zwar militaristisch gebärdete, aber statt in anderen Ländern militärisch einzugreifen, internationale Solidarität praktizierte (ein peinlicher Einmarsch in Prag 1968 wurde gerade noch vermieden). Chile wusste, weshalb es Erich Honecker Asyl bot.

Kritisch und solidarisch

Die internationalen Kontakte der NÖG machten es möglich, Seminare zu organisieren, in denen ReferentInnen aus der Ökumene ins Gespräch kamen mit MarxistInnen aus der DDR. Dass das möglich war, war nicht selbstverständlich. Ab und zu wurde uns zu verstehen gegeben, dass solche Kontakte das Privileg von Staat und Partei waren. Aber offenbar bedeutete die Anerkennung unserer «Internationalität», dass wir auch in dieser Hinsicht ein «Sonderfall» sein durften. Unsere Seminare wurden so zum Ort eines christlich-marxistischen Dialogs, in dem die DDR wirklich kritisch-solidarisch Thema sein konnte und MarxistInnen keine Angst zu haben brauchten, über den Tisch gezogen zu werden. In der Kirche war das, wenn es um das Verhältnis zur DDR und dem Marxismus ging, anders. Kritisch war sie, aber solidarisch? Kirchliche Äusserungen machten oft den Eindruck, dass sie «mehr am Konflikt mit der Gesellschaft interessiert sind als an der Konfliktlösung» (Giselher Hickel). Sie wollte zwar «Kirche im Sozialismus» sein. Das aber war wohl eher eine «realpolitische» Aussage. Für die NÖG bedeutete «Gemeinde im Sozialismus», die sozialistisch (sein wollende) Gesellschaft als die positive Voraussetzung ihres Engagements bewusst zu wollen. Es ging ihr nicht um den Sozialismus als (schöne) Idee, losge-

löst von seiner, oft ziemlich unschönen, Wirklichkeit. Im Sozialismus war sie für den Sozialismus.

Ich habe mich oft gefragt, warum die NÖG dem Staat überhaupt wichtig war. Gab es im Staatsapparat Leute, die einen solchen relativ autonomen Verein zu schätzen wussten, weil sie erkannten, dass, nicht zuletzt auch in der DDR selber, die offizielle Sprache nicht ankam? Wurde es uns deshalb erlaubt, ein «Freiraum» zu sein, der aber anders als der «Freiraum Kirche» nicht dazu genutzt wurde, gegen die DDR zu stänkern? Wie auch immer, die NÖG war natürlich trotzdem ein Instrument oder Instrumentchen staatlicher (Kirchen)Politik. In den Gesprächen zwischen Gemeindeleitung und dem Staatssekretariat für Kirchenfragen wurden uns zwar keine regelrechten Befehle erteilt, aber wohl wurde uns dringend zu verstehen gegeben, was erwünscht war und was nicht. Ich muss dazu sagen, dass keines unserer Seminare je verboten wurde.

Die DDR am Ende

Diese «Instrumentalisierung» ihrer BürgerInnen mag damit zu tun haben, dass die DDR eine Revolution «von oben» war. Das führte dazu, dass Partei und Staat die BürgerInnen permanent davon überzeugen mussten, wie gut der Sozialismus ist. Es brachte aber ebenfalls unvermeidlich den Argwohn mit sich: Kann der Staat seinen BürgerInnen vertrauen? Für den «Bürger für den Sozialismus» bedeutete das, in der Ausübung seiner Bürgerrechte dauernd frustriert zu werden. Die NÖG bestand aus solchen BürgerInnen. Und mein Eindruck war, dass in der Zeit meiner Pfarrerschaft diese Frustration immer unerträglicher wurde. Man sah, wie die gegen die Wirklichkeit sich stur stellende DDR dabei war, jede Glaubwürdigkeit zu verlieren. Und man hatte das Gefühl, dagegen nichts machen zu können – ohne wirklich ein Dissident zu werden.

Es näherte sich der 40. Jahrestag der

DDR 1989, und dieser sollte gross gefeiert werden – obwohl es vielen nicht ums Feiern war. Die Bürgerbewegungen rührten sich, die Stimmung in der Partei war gedrückt. Das Staatssekretariat liess uns wissen, dass eine Loyalitätserklärung erwünscht war. In der Gemeindeleitung wurde heftig diskutiert, ob wir eine solche Erklärung abgeben sollten. Einige meinten, dass der Staat das Recht auf eine öffentliche Loyalitätsbekundung verspielt hatte. Die Mehrheit dagegen, auch ich, hielten dies gerade jetzt für geboten. Die Existenz der DDR stand auf der Kippe, dazu zu schweigen wäre ein Fehler. Es sollte aber keine Jubelerklärung werden, sondern eine der Klarstellung, wie prekär die Lage war. Die Erklärung trug den Titel «40 Jahre Niederländische Ökumenische Gemeinde in der DDR».

Es wurde erklärt, «dass der Sozialismus, wie er sich in der DDR real entwickelte, zwar bei weitem nicht alle Wünsche erfüllte, aber wohl leistete, was gerade Christen besonders am Herzen liegen sollte: soziale Gerechtigkeit als Chance zum Frieden. [...] Die Bedeutung dieser Leistung wurde uns deutlich durch viele Verbindungen mit der Dritten Welt [...] Was im Vergleich mit dem «reichen», in vielerlei Hinsicht faszinierenden Westen leicht verblasst, rückt dadurch ins rechte Licht: Der Sozialismus garantiert allen die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse. Und das war es doch, was uns als ökumenische Gemeinde bewegte. Denn Ökumene heisst ja, die ganze bewohnte Welt und dass diese bewohnbar sei – für alle. Wir wollen deshalb in aller Deutlichkeit erklären: Gerade jetzt, da der Sozialismus (über die Grenzen der DDR hinaus) unter gewaltigem Druck steht, Widersprüche, Probleme und Spannungen gross sind und weiter wachsen und der Kapitalismus sich stark macht wie lange nicht mehr, ist es an der Zeit, offen auszusprechen, was wir denken: Der Sozialismus ist die Hoffnung der Armen, deshalb bleibt er

unsere Aufgabe. In diesem Sinne verstehen wir uns als ökumenische Gemeinde zugleich als Gemeinde im Sozialismus.»

Dann geschah, was wir eigentlich hätten wissen müssen: Die Medien verzerrten durch Weglassungen unsere Erklärung bis zur Unkenntlichkeit. Es blieb nur noch unbedingte Zustimmung. So wurde die Bearbeitung unserer Erklärung ein Musterbeispiel dafür, wie die DDR mit ihren BürgerInnen umging. Diese DDR war am Ende.

«Noch haben wir die Chance...»

Kurze Zeit schien noch eine «Wende» zum Guten möglich zu sein. Gegen die Ausreisebewegung demonstrierten Tausende: «Wir bleiben hier». Und gegen eine Regierung, die für das Volk sprach, ohne auf das Volk zu hören, wurde der Ruf laut: «Wir sind das Volk». Ich traute mich, von einer «Freiheitsbewegung» zu sprechen und in einer Predigt zum Anfang der Friedensdekade im November 1989 zu sagen: «Wir sind tatsächlich zur Freiheit berufen, von den Bürgern hängt es jetzt ab, wie es in der DDR weitergehen wird, ob die Chance eines radikal erneuerten Sozialismus wahrgenommen wird oder ob alles den Bach heruntergeht». Menschen aus der Bürgerbewegung, aus der Kirche und aus der SED fanden sich zusammen an Runden Tischen, um sich Gedanken zu machen über eine erneuerte DDR. Die Initiative «Für unser Land» («Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln») wurde von 1 167 048 BürgerInnen unterschrieben.

Aber es war zu spät. Die erste freie Wahl für die Volkskammer war schon nicht mehr frei. Dafür war die Einmischung der BRD in die Angelegenheiten der DDR, gegen die die DDR sich nicht mehr wehren konnte, zu stark. Aus der NÖG in der DDR wurde die NÖG in Berlin. Ende der Geschichte? Nein, das Ende einer Geschichte (Ton Veerkamp)! ●

Dick Boer, 1939, Theologe, arbeitete an der Universität von Amsterdam (Lehrauftrag: Geschichte der Theologie im 19. und 20. Jahrhundert). 1984 bis 1990 war er Pfarrer der Niederländischen Ökumenischen Gemeinde in der DDR. Er ist Mitarbeiter des Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus. Er veröffentlichte «Erlösung aus der Sklaverei. Versuch einer biblischen Theologie im Dienst der Befreiung» (2008) und «Ein ganz anderer Gott. Das Lebenswerk Karl Barths (1886–1968)» (2007).

dboer@xs4all.nl